

Raus aus dem „Als-ob-Modus“ im Klimaschutz!

Beim Blick auf die deutsche Klimadebatte der vergangenen zehn Jahre könnte der Eindruck entstehen, es gebe ein stetes Ringen darum, wie man das Klimaziel des Jahres 2020 erreichen könne. Bei nüchterner Betrachtung muss man konstatieren, dass sich das Ringen mehr um die Frage drehte, wie sich erfolgreich der Eindruck vermitteln lässt, das Reduktionsziel von 40 Prozent werde ernsthaft verfolgt. Noch im Moment der faktischen Aufgabe des 2020-Ziels durch die schwarz-roten Koalitionäre dominiert der eingespielte „Als-ob-Modus“. Nachdem der erste Sondierungs-Entwurf das Ziel als unerreichbar abgehakt hatte und ein Sturm der Entrüstung losbrach, bekannten sich Union und SPD wieder zum 2020-Ziel. Die entstandene Handlungslücke werde so schnell wie möglich geschlossen, das 55-Prozent-Minderungsziel für 2030 dann auf jeden Fall erreicht.

Dabei handelt es sich um ein eingespieltes Muster. Wenn die Erfüllung eines Klimaziels endgültig unrealistisch wird, schwenkt man eben auf ein späteres um. So hat es der grüne Umweltminister Jürgen Trittin einst vorgemacht, als er die von Bundeskanzler Helmut Kohl für 2005 versprochene 25-Prozent-Reduktion kassierte und durch das deutsche Kyoto-Ziel ersetzte. Ähnlich dürfte man einst mit dem Ziel einer 55-prozentigen Minderung bis 2030 verfahren, von der seit 1990 gerade einmal die Hälfte erreicht wurde. Da wirkt es fast beunruhigend, dass sich der Koalitionsvertrag schon jetzt zum nationalen Klimaziel 2050 bekennt.

Dieses Handlungsmuster spricht allerdings nicht per se gegen ambitionierte und symbolisch aufgeladene Minderungsziele. Das Problem liegt vielmehr in deren Exaktheitsgrad und der damit verbundenen Planungseuphorie. Zwar wird jede Ziel-Entscheidung mit detaillierteren Szenarien abgestützt, in der praktischen Umsetzung spielen die Handlungsvorschläge der Modellierer aber keine entscheidende Rolle.

Exakt datierte Emissionsminderungsziele wie 40, 55 oder 80 bis 95 Prozent suggerieren Punktlandungen, bei denen exogene Einflussfaktoren kaum berücksichtigt werden. Wenn etwa die Bevölkerungszahl durch Zuwanderung rasch steigt, die Preise für Öl

und Gas sinken oder die deutsche Industrie weit besser läuft als gedacht, bringt es die deutsche Zielerreichung sofort in Gefahr. Theoretisch müsste die Bundesregierung kurzfristig energisch gegensteuern, um ihr Ziel einzuhalten. Tut sie es nicht, gilt sie sogleich als Klimasünder. Bundes- und Landesregierungen haben aber keine ermutigenden Erfahrungen damit gemacht, das Avantgardebewusstsein der Bevölkerung einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen, vor allem nicht mit Maßnahmen, die sich spürbar im Alltag auswirken, etwa im Verkehrs- und im Gebäudesektor. Für Parteien zahlt sich nicht Konsequenz, sondern Inkonsistenz in der Klimapolitik aus. „Warnende Reden – ehrgeizige Ziele – halbherzige Umsetzung“ lautet bislang die Erfolgsformel auf dem Wählermarkt.

Problematisch ist nicht zuletzt auch der bisher angezielte Endpunkt deutscher und europäischer Klimapolitik, eine Emissionsminderung von 80 bis 95 Prozent bis 2050. Dieses Ziel entspringt einer missverstandenen Formulierung aus dem 4. Sachstandsbericht des Weltklimarats und führt zu einem paradoxen Arbeitsbündnis zwischen Umweltschützern und Industrie. Indem 5 bis 20 Prozent der Emissionen nicht thematisiert werden, kann die Umweltseite suggerieren, das Ziel sei im Wesentlichen mit dem Ausbau von Erneuerbaren und Energieeffizienz zu erreichen. Ein beträchtlicher Teil der Unternehmen hingegen verortet die eigenen Emissionen innerhalb dieser Restmenge. Dies hat zur Folge, dass über die größten technologischen Herausforderungen des Klimaschutzes bisher kaum nachgedacht wird, vor allem dort nicht, wo sie kostspielig oder unpopulär wären – etwa bei Carbon Capture and Storage in der Industrie, Kraftstoffen im Luftverkehr oder Negativemissions-Technologien zum Ausgleich unvermeidbarer Emissionen.

Die neue Bundesregierung sollte den Mut aufbringen, mit dem bisherigen Muster zu brechen und einen neuen Orientierungspunkt für die deutsche Klimapolitik zu wählen – und zwar einen, mit dem sich Klimapolitik sowohl pragmatischer als auch ehrgeiziger konzipieren lässt. Statt Forderungen nach einer Konkretisierung des Minderungskorridors für 2050 nachzugeben, sollte sie einen neuen Referenzpunkt setzen: vollständige Treibhausgasneutralität.

Dieses Ziel lässt sich erstens aus den Erkenntnissen der Klimaforschung ableiten. Um eine realistische Chance zu haben, den Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen, müssen die globalen Emissionen in der

zweiten Jahrhunderthälfte netto auf null sinken. Dieses Ziel ist zweitens international verankert. Es wurde beim G-7-Gipfel in Elmau von Kanzlerin Angela Merkel durchgesetzt, ist Teil des Pariser Klimaabkommens und wird inzwischen auch auf EU-Ebene diskutiert. Drittens würde es die nationale Klimadebatte deutlich verändern, indem es alle Beteiligten aus der Komfortzone holt. Das Signal ist für alle Beteiligten unmissverständlich. Alle Emissionen kommen auf den Prüfstand. Dies öffnet den Raum, um auch über wenig attraktive Maßnahmen zu diskutieren, ja selbst für das Eingeständnis, dass es für manche Teil-Sektoren noch keine tragfähige technische Lösung zur vollständigen Emissionsreduktion gibt, ja vielleicht nie geben wird. Für diese Fälle wird man über den ausgleichenden Einsatz von Negativemissions-Technologien reden müssen, die bislang nur auf dem Papier existieren.

Angesichts der technologischen, wirtschaftlichen und politischen Unwägbarkeiten wäre es verfrüht, ein nationales Nullemissions-Ziel sofort mit einer konkreten Jahreszahl zu verbinden, die nächste Runde punktgenauer Emissionsminderungsszenarien einzuläuten und vorschnell neue Machbarkeitsillusionen zu wecken. Viel wichtiger wäre eine gesellschaftliche und politische Selbstverständigung über einen bisher vernachlässigten Zielkonflikt. Sind wir wirklich willens und in der Lage, das Notwendige zu tun, um unseren Beitrag zur Einhaltung des 2-Grad-Ziels zu leisten – oder wollen wir weiterhin einfach nur so tun „als ob“?

Oliver Geden leitet die Forschungsgruppe EU/Europa in der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)